Fakten-Check: ZIB 2 Interview Wolfgang Hattmannsdorfer

- **Energieminister ist auf Seiten der Bevölkerung und Stromkunden – daher ist es auch wichtig in Anbetracht der Inflation den Energiepreis zu senken:**

Antwort:
Falsch: Grabenkämpfe und Lagerdenken lösen kein Preisproblem, sondern sind ein kommunikatives Instrument. Die angekündigte Strompreisdeckelung auf 10ct befindet sich nicht in diesem Gesetz. Das "Billigstromgesetz" wird also erst präsentiert und befindet sich in Verhandlungen. Politisches Wunschdenken ersetzt keine ökonomischen Gesetze. Marktpreise lassen sich nicht per Ansage senken. Der geplante Österreich-Aufschlag durch europaweit einzigartige zusätzliche Einspeiseentgelte steigert den Preis für heimische Erzeugung und damit logischerweise den Preis für die Haushalte und Unternehmen. Der Österreich-Aufschlag führt zu weniger heimischer Stromproduktion und mehr Importen. Dauerhaft niedrigere Preise entstehen durch mehr Angebot, effizientere Netze, Wettbewerb und weniger Importabhängigkeit – nicht durch einen Österreichaufschlag.

- **Explodierende Netzkosten dämpfen/Netzkosten gehen durch die Decke:**

Antwort: Die Sprache ist von bis zu 50 Mrd. Euro bis 2040; Hierzu gibt es Abschätzungen der E-Control, die von rund der Hälfte der Kosten ausgehen – wenn es eben gelingt ein effizienteres Netzsystem umzusetzen, wie es das ElWG vorsieht. Die österreichische Netzfinanzierung ist teuer. Die Finanzierung günstiger zu machen und zusätzliche Stellschrauben umzusetzen wäre wichtig – und das dann auch wirken zu lassen, bevor populistische Maßnahmen mit Schaden für den Wirtschaftsstandort umgesetzt werden.

- **Erzeuger nutzen auf Kosten der Allgemeinheit die Netze, die alle zahlen / Wer Geld verdient, soll einen Beitrag zur Finanzierung der Netze zahlen:**

Antwort: Das ist Falsch. Die Erzeuger zahlen bereits jetzt einen deutlichen Beitrag für die Nutzung des Stromnetzes, für den Anschluss an das Stromnetz, für Kabel zu Trafos oder Umspannwerk, laufende Abgabe für Verluste und dergleichen. Je mehr erneuerbarer Strom erzeugt wird, umso größer wird der Beitrag der Erzeuger. Allein die WIndenergie hat in den letzten Jahren mehr als 800 Millionen Euro für die Stromnetze in ihrem Bereich bezahlt. Weitere 200 Millionen Euro die Photovoltaik.

- **Strom wird zu Zeiten erzeugt, wo er gar nicht gebraucht wird – gegen teures Geld müssen Flusskraftwerke abgeschalten werden, wofür dann alle zahlen:**

Antwort: Der Vorteil ist, dass zu diesen Zeiten der Strompreis bis zu 0 Cent/kWh kostet, von dem alle, die einen flexiblen Strompreis haben, profitieren! Auch ohne solche Tarife profitieren die Kunden: die erneuerbare Einspeisung hat im Krisenjahr 2022 jedem

Haushalt 75 Euro gespart. Gewerbe und Industrie sogar bis zu sechsstellige Beträge. Zukünftig wird dieser Strom auch vermehrt zwischengespeichert, so dass etwaige zeitliche Überschüsse zu einem späteren Zeitpunkt genutzt werden können.

- **Größtes Problem sind die Netzkosten:**

Antwort: Nein, der Strompreis besteht aus drei fast gleich großen Bestandteilen. Dem Energiepreis auf den die heimische Einspeisung schon heute preisdämpfend wirkt. Dem Netzteil und Steuern und Abgaben. Der Energiepreis kann durch mehr Erneuerbare gesenkt werden (hierzu bekennt sich BM Hattmannsdorfer) und letzteres, nämlich die Steuern und Abgaben, hat die Regierung selbst in der Hand. Übrigens sind in einigen Netzgebieten die Netzkosten in den letzten 20 Jahren im Schnitt gesunken – auf Grund der Liberalisierung.

- **Erneuerbaren Ausbau ohne Rücksicht auf Netze und Physik:**

Antwort: Die österreichische Netzinfrastruktur wurde im Wesentlichen in den Nachkriegsjahren vor allem bis in die 1970 errichtet. Allein aufgrund des Alters sind mittlerweile erhebliche Investitionen nötig um diese Infrastruktur zu modernisieren. Hierzu zwei Fakten: Die Erneuerbaren wurden so ausgebaut, wie es seit Jahren bekannt war dass es notwendig ist. Der Ausbau wurde auf Bundesebene klar mit Zielen versehen, die über mehrere Jahre im Voraus bekannt waren. Damit ist es ein Nachziehen von Ausbauten. Unmöglich ist es, ohne Rücksicht auf Physik zu bauen. Für den Anschluss jeder Erzeugungsanlage gibt es ein komplexes Regelwerk, beruhend auf physikalischen Grundlagen. Gerade auf Grund der Physik können Anlagenbetreiber bereits jetzt nicht oder nur einen Teil des Stroms einspeisen, weil die Netzinfrastruktur eben nicht vorhanden ist. Hier gibt es ganz klare Vorgaben der Netzbetreiber, und eben die Physik, die bereits seit Jahren einzuhalten sind. Wenn die Erneuerbaren Kraftwerke gegen die Gesetze der Physik gebaut hätten, wäre das eine Sensation, die man patentieren lassen sollte!

- **ELWG verhindert Blackout:**

Antwort: Nein, die Vorgaben zu Blackout-Prävention bestehen bereits seit mehreren Jahren – anders als in Spanien – und werden in den technisch organisatorischen Regelwerken geregelt, die von der E-Control und dem Übertragungsnetzbetreiber APG erarbeitet werden – nicht von der Politik. Deswegen ist die Versorgungssicherheit in Österreich auf Spitzenniveau.

Blackouts verhindert nicht ein Bundesgesetz, sondern ein europäisches Regelwerk, tägliche Koordination der Netzbetreiber und modernste Regelsysteme. Wer das ElWG als Blackout-Rettung darstellt, betreibt symbolpolitische Überhöhung.